

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
11/2015*



Liebe FreundInnen!

Wie immer schicke ich Euch die neuesten Informationen aus dem Nationalrat. Das Parlament ist am Mittwoch und Donnerstag zu Sitzungen zusammengekommen. Auf der Tagesordnung stand unter anderem eine von uns einberufene Europastunde, in der der Bundeskanzler seine weiteren europäischen Pläne in der Flüchtlingspolitik skizzierte. Außerdem haben wir u.a. den Sicherheitsbericht 2014, den Grünen Bericht 2015 zu Einkommen in der Landwirtschaft und den Breitbandausbau behandelt.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

PARLAMENTSMAIL

Top Themen

Flüchtlinge – Europäische Lösungen und sachlicher Umgang mit Asyl und Integration

Die aktuellen Herausforderungen der Flüchtlingsfrage und ihre europapolitischen Dimensionen waren Thema einer Aktuellen Europastunde der SPÖ am Mittwoch. Notwendig ist ein lösungsorientierter und sachlicher Umgang mit Asyl und Integration. Sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene gilt es, möglichst rasch zu Lösungen zu gelangen und diese auch umzusetzen. **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** sagte in seiner Rede: "Die Menschen, die auf der Flucht sind, brauchen Perspektiven, brauchen Bildungsmöglichkeiten, brauchen etwas zum Essen, brauchen ein Dach über dem Kopf. Sie brauchen aber vor allem eines: Frieden. **Es gilt daher vor allem, die Wurzeln der Flüchtlingsbewegungen zu beseitigen.**"

Andreas Schieder hat in seiner Rede ([Video](#)) auch auf **zehn notwendige Maßnahmen** hingewiesen:

Auf internationaler Ebene braucht es:

- 1.) Errichtung von **Hotspots an den EU-Außengrenzen**
- 2.) **Gerechte Verteilung** der schutzsuchenden Menschen in Form eines europäischen Quotensystems
- 3.) Errichtung von humanitären **Sicherheitszonen in den Krisengebieten**
- 4.) **Mehr Geld für den UNHCR** und das **World Food Programme** zur Verbesserung der Situation der schutzsuchenden Menschen
- 5.) **Nachfolgeregelungen für die Dublin-Regeln**

In Österreich geht es um:

- 6.) Rasche Bereitstellung von **ausreichenden und winterfesten Quartieren**
- 7.) Wartezone sowie Maßnahmen zur **geordneten, sicheren Grenzkontrolle**
- 8.) **Beschleunigung von Asylverfahren**
- 9.) **Maßnahmen zur Integration** bereits bei einer positiven Asylperspektive
- 10.) **Kompetenz- und Qualifikationschecks** für Flüchtlinge

Sicherheitsbericht – Weniger Delikte, höchste Aufklärungsquote

Weniger Delikte und mehr geklärte Fälle – so sieht die Sicherheitsbilanz für das Jahr 2014 aus. Im Vorjahr wurden im Vergleich zu 2013 um fast 19.000 Delikte (3,4 Prozent) weniger zur Anzeige gebracht. Ein Rückgang ist **besonders bei jenen Delikten zu verzeichnen, die für die individuelle Sicherheit wichtig sind**: Gesunken sind die vorsätzlichen Tötungen um 31,8 Prozent, vorsätzliche Körperverletzungen um 4,7 Prozent und die KFZ-Diebstähle von einem bereits niedrigen Niveau um weitere 13,8 Prozent.

SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl ([Video](#)) betonte: "Im europäischen und internationalen Vergleich stehen wir sehr gut da. Wir sind auf dem richtigen Weg." Dem niedrigsten Wert in der Gesamtkriminalität der letzten zehn Jahre steht die **höchste Aufklärungsquote im Zehn-Jahres-Vergleich** gegenüber: Insgesamt konnten 43,1 Prozent der Fälle aufgeklärt werden, die Aufklärungsquote bei Gewaltdelikten lag sogar bei 82,8 Prozent.

Alle Beschlüsse und Berichte

NR-Sitzung vom 11. November 2015

Sicherheitsbericht 2014 - ([863 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Reform des Sprengmittelgesetzes für mehr Sicherheit ([865 d.B.](#))

Mit der Gesetzesnovelle werden neue EU-Vorgaben umgesetzt, die europaweit einheitliche Standards bei Explosivstoffen vorsehen. Es geht um ein hohes Schutzniveau in Bezug auf die Sicherheit, die Gesundheit und die Umwelt.

Dreiländergrenzpunkt Thaya - March: Vertrag zwischen Österreich, der Slowakei und Tschechien ([866 d.B.](#))

Der Dreiländergrenzpunkt Thaya-March, der sich in der Mittellinie der March im Bereich des Zusammenflusses der March mit der Thaya befindet, wird als unbeweglicher Grenzpunkt festgelegt. Bisher war der Grenzpunkt flexibel nach dem Flussverlauf.

Vertrag zwischen Österreich und Tschechien zur polizeilichen Zusammenarbeit ([783 d.B.](#))

Ziel des neuen Vertrags ist die Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit zwischen Tschechien und Österreich.

Novelle zum Eisenbahngesetz: Voraussetzung für den Taktfahrplan ([870 d.B.](#))

Mit der Änderung des Eisenbahngesetzes werden EU-Vorgaben umgesetzt und die Voraussetzungen für die Einführung des Taktfahrplanes geschaffen, der bis 2026 schrittweise realisiert werden soll. Ziel des Taktfahrplans ist es, die Verbindungen aller öffentlichen Verkehrsmittel zu optimieren. So stimmen dann lokale Busbetreiber ihre Fahrpläne auch auf den Bahn-Taktfahrplan ab. Dadurch sollen für die Fahrgäste des öffentlichen Verkehrs fast keine Wartezeiten beim Umsteigen mehr entstehen und die Abfahrtszeiten leicht zu merken sein. Abfahrtszeiten der Züge sind beim Taktfahrplan in Knotenbahnhöfen um Minute 00, 15, 30 und 45.

Breitband-Ausbau vorantreiben ([871 d.B.](#))

Um den Breitband-Ausbau geht es in einer Novelle des Telekommunikationsgesetzes. Der Ausbau des Hochgeschwindigkeits-Netzes soll durch verstärkte Koordination aller Beteiligten effizient und kostensparend vorangetrieben werden. Für Infrastrukturdaten wird bis spätestens 2017 bei der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR-GmbH) eine zentrale Informationsstelle eingerichtet. Außerdem bringt die Novelle massive Verbesserungen für die KonsumentInnen, so etwa durch die Verkürzung der Kündigungsfrist bei neuen Verträgen.

Entschließungsantrag will Verbesserungen für Wechselkennzeichen-Besitzer ([875 d.B.](#))

Ab 2018 wird das bestehende Vignetten-System um die Videovignette ergänzt werden (zunächst Zweimonats- oder Zehntagesvignette); im Gegensatz zur Klebevignette ist diese dann an das KFZ-Kennzeichen gebunden. Somit soll ab dem Vignettenjahr 2019 (1. Dezember 2018 bis 31. Jänner 2020) die immer wieder kritisierte Doppelbelastung von WechselkennzeichenbesitzerInnen entfallen.

Grüner Bericht 2015 zu Einkommen in der Landwirtschaft ([809 d.B.](#))

Der Grüne Bericht befasst sich vor allem mit der Einkommenssituation der LandwirtInnen. Für das vergangene Jahr zeigt sich eine sehr unterschiedliche Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen. Grundsätzlich hat sich die negative Einkommensentwicklung fortgesetzt, besonders bei NebenerwerbslandwirtInnen. Als Gründe für die Einbußen nennt der Grüne Bericht die angespannte Lage auf wichtigen Absatzmärkten, insbesondere bei Getreide, Öl- und Hackfrüchten und Tafeläpfeln, sowie gestiegene Aufwendungen für Personal, Pachten und Abschreibungen. Positiv ist, dass Biobauern und Bergbauern ein Einkommensplus erwirtschaften konnten.

Klima-Fortschrittsbericht 2015: Weniger Treibhausgase ([853 d.B.](#))

Der aktuelle Bericht zum Stand der Einhaltung der österreichischen Klimaschutzziele in der Kyoto II-Periode zeigt, dass mit Ausnahme des Jahres 2011 die Treibhausgas-Emissionen in Österreich seit 2005 kontinuierlich gesunken sind. Diese Abnahme (minus 13,9 % bei einem Wirtschaftswachstum von + 11,1 %) zeigt, dass die in Österreich getroffenen Klimaschutzmaßnahmen wirksam sind.

Änderung beim Strahlenschutzgesetz ([854 d.B.](#))

Mit einer Novelle des Strahlenschutzgesetzes wird eine EU-Richtlinie umgesetzt. Vorgesehen ist u.a. die Erstellung und Umsetzung eines "Nationalen Entsorgungsprogramms" für radioaktive Abfälle, die in Österreich v.a. aus dem medizinischen Bereich stammen.

Immobilien- und Hypothekarkredite: Verbesserungen für VerbraucherInnen ([867 d.B.](#))

Das Hypothekar- und Immobilienkreditgesetz gilt bei allen hypothekarisch besicherten Kreditverträgen sowie bei Kreditverträgen beim Erwerb einer Liegenschaft. Das Gesetz konkretisiert die Informationspflichten und definiert Standards für die Prüfung der Kreditwürdigkeit des Käufers. Die Reform bringt v.a. Verbesserungen für die VerbraucherInnen: Das betrifft die ehrliche Werbung, die umfassende Information und faire Prüfung der Kreditwürdigkeit, sowie die Bedenkzeit und die Möglichkeit vorzeitiger Rückzahlungen. Mit dem Gesetz kommt eine umfassende, vorvertragliche Information in Form eines einheitlichen Formulars. Damit haben die KreditnehmerInnen alle Eckdaten schwarz auf weiß und können unterschiedliche Angebote besser vergleichen.

Zusatzprotokoll zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen ([785 d.B.](#))

Das vierte Zusatzprotokoll zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen hat zum Ziel, Auslieferungsverfahren zwischen den Mitgliedern des Europarats im Einklang mit dem jeweiligen nationalen Recht zu beschleunigen. Änderungen betreffen u.a. Fristen und den Geschäftsweg zwischen den Justizministerien.

Weitere Themen

Klimakonferenz in Paris: Österreich soll Einigung vorantreiben

Eine Aktuelle Stunde zum Thema "Road to Paris – am Weg zu einem internationalen Klimaabkommen" befasste sich mit der Ende November/Anfang Dezember stattfindenden UN-Weltklimakonferenz in Paris, wo an einem globalen Abkommen zur Bekämpfung des Klimawandels gearbeitet werden soll. SPÖ-Umweltsprecher Hannes Weninger betonte in seiner Rede: "Es muss uns gelingen, die großen Emittenten an einen Tisch zu bringen. Es braucht eine erfolgreiche, gemeinsame EU-Umweltpolitik, da sind die Europäische Union und Österreich gefordert. Die Sozialdemokratie wird das nicht nur unterstützen, sondern gemeinsam vorantreiben."

Reden

Rede vom 11.11.2015 zum Thema „Aktuelle Herausforderungen der Flüchtlingsfrage erfordern europäische Lösungen“

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Frau Staatssekretärin! Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt gerne noch einen anderen Aspekt ansprechen, den wir in der Flüchtlingskrise eigentlich noch nicht wirklich besprochen haben.

In der vergangenen Woche haben wir alle die Bilder und Aufnahmen des Nigerdeltas gesehen, das von schmierigen Ölrückständen verseucht ist, Öl einer globalen, auch europäischen Firma. Außerdem war in diesem Jahr erneut zu lesen, dass die EU knapp 600 000 Tonnen Geflügelfleisch zu Spottpreisen nach Afrika exportiert, mit denen die afrikanischen Geflügelhändler nicht mehr mithalten können. Sie müssen daher ihre Betriebe zusperren.

Sehr geehrte Damen und Herren! So schaut die augenblickliche Beziehung der EU zu Afrika aus. (*Abg. Kogler: Richtig!*) Da brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn

die Menschen, deren Umwelt wir mit zerstören und deren Arbeitsplätze wir mit zerstören, sich auf den Weg zu uns machen. *(Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der Grünen.)*

Daher finde ich es höchst notwendig und sehr wichtig, dass sich heute die Staats- und Regierungschefs der EU mit ihren afrikanischen Kollegen und Kolleginnen treffen und diese Dinge auch ansprechen werden. Denn der Ansatz ist richtig, nämlich die Fluchtursachen zu bekämpfen und nicht die Flüchtlinge, was ja jetzt immer wieder passiert. Aber ich befürchte, wenn wir nicht grundsätzlich auch etwas an unseren wirtschaftlichen Beziehungen zu Afrika verändern, dann werden diese Vorhaben womöglich nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein.

Wie gesagt, der Ansatz ist richtig und notwendig, die Flüchtlingsfrage vor Ort in den Herkunftsländern, mit den Herkunftsländern, mit den Nachbarländern und mit den Transitländern zu lösen. Dazu gehört auch die finanzielle und materielle Unterstützung der syrischen Flüchtlinge in den Nachbarländern, woran sich Österreich ja jetzt mit 26 Millionen beteiligt. Das sind 11,5 Millionen für den EU-Syrien-Fonds, 5 Millionen für das World Food Programme, 5,5 Millionen für den UNHCR, eine Million für diverse Organisationen der UNO und 3 Millionen für Afrika-Projekte. Hier müssen wir darauf achten, dass die Gelder rasch bei den Flüchtenden ankommen und dass sich an den Hilfen auch wirklich alle EU-Staaten solidarisch – das Wort *Solidarität* ist schon oft gefallen – beteiligen.

Auch in der Frage, wie wir mit den Flüchtlingen umgehen, die nach Europa kommen, kann es nur eine *gemeinsame* europäische Lösung geben, wenn wir den freien Schengen-Raum, wenn wir den gemeinsamen Wirtschaftsraum und die EU insgesamt nicht aufs Spiel setzen wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Nationale Abschottung womöglich durch Mauern oder Zäune und Alleingänge, die Probleme einfach auf den Nachbarn abzuschieben, das zerstört wichtiges Vertrauen, das ist reinstes Gift für das friedliche Zusammenleben der Staaten in Europa und das wäre ein enormer wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Rückschritt. Probleme anderen umzuhängen oder auf Kosten des Nachbarn zu lösen, das schafft langfristig keine Ordnung und auch keine Sicherheit, sondern das bringt mehr Instabilität, das bringt mehr Chaos und das bringt mehr Unfrieden. Und wir wollen ja unseren sozialen Frieden nicht gefährden – nicht in Österreich und nicht in Europa.

Mit Sorge können wir am Balkan beobachten, wie sich die nachbarstaatlichen Beziehungen zunehmend verschlechtern. Das kann nicht die Zukunft Europas sein. Dem müssen wir entgegenhalten.

Eine vernünftige Lösung kann also nur darin liegen, dass wir gemeinsam die Fluchtursachen bekämpfen, dass wir gemeinsam unsere Außengrenzen schützen und kontrollieren und legale Einreisemöglichkeiten schaffen und dass wir uns gemein-

sam und solidarisch um die Flüchtlinge kümmern, die ein Recht auf den Schutz in Europa haben, das heißt, dass wir die Transitländer auf dem Balkan nicht im Regen stehen lassen und dass wir auch eine faire Verteilung der anerkannten Flüchtlinge auf alle EU-Staaten brauchen – und das nicht irgendwann, sondern sehr rasch. Und da werden wir auch gegenüber den jetzigen Aufnahmeverweigerern, die sehr oft auch EU-Nettoempfänger sind, deutlicher auftreten müssen und wir werden Ihnen klarmachen müssen, dass Solidarität in der EU keine Einbahnstraße ist. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der Grünen.)*

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Nationalrat – Muttonen: Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge](#)
(11.11.2015)

[Flüchtlinge – Muttonen: Kurz soll seine Vorschläge in EU-Außenministerrat einbringen](#)
(23.10.2015)

[Muttonen: Mit Abschaffung des Proporzes gelingt Kärnten historischer Schritt](#)
(22.10.2015)

Europarat: Entwicklung des ländlichen Raums: Landflucht verhindern, kulturelle Vielfalt bewahren

Vom 25. bis 27. Oktober war ich in Limassol auf Zypern, um an der Sitzung des Kulturausschusses des Europarates teilzunehmen. Der Ausschuss beschäftigt sich vor allem um die Frage, wie die kulturelle Vielfalt und das kulturelle Erbe in Europa erhalten und geschützt werden kann. In Limassol haben wir uns diesmal vor allem damit beschäftigt, wie die Kultur der ländlichen Gebiete Europas, darunter auch Kärnten, besser bewahrt und für die nachhaltige Entwicklung dieser Regionen genutzt werden kann. Dabei wurden uns Erfahrungsberichte von aktuellen und bereits abgeschlossenen Projekten vorgestellt, die vom Europarat unterstützt werden, z.B. auf der kroatischen Insel Cres oder im slowenischen Karst. Grundlage des Engagements des Europarates in diesem Bereich ist die so genannte Faro – Rahmenkonvention (Rahmenkonvention über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft). Wer mehr über die Konvention und die Projekte des Europarates erfahren möchte, findet interessante Informationen auf den folgenden [Seiten](#) (leider nur auf Englisch).

Diskussion: Aktive Neutralitätspolitik heute



Ist die österreichische Neutralität noch zeitgemäß? Wie verstehen wir aktive oder engagierte Neutralität angesichts der Krisen in der Ukraine und in Syrien? Und wie verträgt sie sich mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in Europa

(GASP)? Diese und andere Fragen standen im Zentrum einer öffentlichen Debatte am 10. November, zu der mich das Renner-Institut eingeladen hat. Dabei habe ich noch einmal deutlich gemacht, dass für die SPÖ, anders als für FPÖ und ÖVP, die Neutralität immer ein fester Kern unserer Außenpolitik gewesen ist und auch bleiben wird. Schon aus dem Grund, weil die aktive Neutralität am besten zu den außenpolitischen Zielen der SPÖ passt: eine friedliche und gerechte Welt durch Solidarität, Dialog und Kooperation zu schaffen. Österreichs Neutralität ist geprägt durch die Ablehnung bei Konflikten zu kriegerischen Mitteln zu greifen, sich ansonsten aber durchaus einzumischen und bei Völker- und Menschenrechtsverletzungen eindeutig Position zu beziehen. Auch mit Blick auf die GASP habe ich keinerlei Konflikt gesehen. Die EU berücksichtigt die besonderen außenpolitischen Regeln ihrer Mitglieder. Für die GASP sind die besonderen Kompetenzen und Beziehungen der neutralen Staaten sogar ein großer Gewinn, wie mir mein Diskussionspartner Julian Fricke vom Europäischen Auswärtigen Dienst bestätigte, etwa bei den Iran- und Syriengesprächen die jetzt in Wien stattfanden.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at